20. Wahlperiode

Drucksache **20/2275**

HESSISCHER LANDTAG

06.02.2020

HHA

Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/2090 zu Drucksache 20/1407

Inhalt des Antrags: **Psychiatrie ohne Zwang stärken – ambulante Versorgung ausbauen (Teil 2)**

Einzelplan **08 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel Buchungskreis:	08 07 2795	Besondere Transferleistungen
Förderproduktnummer lt. Leistungsplan		10
Bezeichnung lt. Leistungsplan		Hilfen für psychisch kranke Menschen

Leistungsplan:

	von	Veränderung um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	3.200,0	+10.048,5	13.248,5
Produktabgeltung	3.200,0	+10.048,5	13.248,5

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Hessen benötigt einen flächendeckenden Ausbau der ambulanten psychiatrischen Versorgung, insbesondere funktionierende Krisendienste mit ständiger Erreichbarkeit und ausreichend festangestelltem Fachpersonal, um niedrigschwellige Unterstützungsansätze auf hohem fachlichen Niveau umsetzen zu können. Dabei sollen der systemischen Arbeit und Konzepten wie dem Offenen Dialog eine Schwerpunktrolle zukommen. Der Caritas-Krisendienst Südhessen kann hier als eine mögliche Vorlage dienen, die Konzepte müssen vor Ort entwickelt werden, dazu sind vom Land strukturelle Vorgaben erforderlich. Zudem muss, auch angesichts der Veröffentlichungen zu Skandalen in hessischen Psychiatrien im Jahr 2019, ein funktionierendes unabhängiges Beschwerdesystem in Land und Kommunen etabliert und ausfinanziert werden. Die

Eingegangen am 6. Februar 2020 · Ausgegeben am 6. Februar 2020
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

ehrenamtliche Tätigkeit in den Besuchskommissionen muss aufgewertet werden, indem der Aufwand tatsächlich entschädigt wird.

Dazu werden folgende finanzielle Veranschlagungen vorgenommen:
Anschubfinanzierung unabhängiges Beschwerdesystem: 500.000 Euro
Stärkung der ministeriellen Fachaufsicht und Besuchskommissionen: 250.000 Euro
Flächendeckender Ausbau von ambulanten Krisendiensten: 6,5 Mio. Euro (davon ca. 1,5 Mio. Euro für 24/7-Telefonzentralen)
Ausbau der Sozialpsychiatrischen Dienste in den Kommunen: 3 Mio. Euro

Wiesbaden, 6.2.2020

Für die Fraktion
DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende:

Janine Wissler